

Bundestagswahl 2017 – Wahlprüfstein 7

Zukunftssichere Finanzierung der Pflege und sozialen Teilhabe

<p>Die Pflegevollkostenversicherung wurde bei ihrer Einführung als Lösung gesehen, sie ist heute das Problem: bereits seit Jahren kann sie den steigenden Pflegebedarf nicht mehr adäquat finanzieren.</p> <p>Trotz mehrfacher Nachbesserung wird die Pflegevollkostenversicherung als ungerecht angesehen, weil sie die Hauptkosten der Pflegeunterstützung auf die Betroffenen und ihre Familien abwälzt, insbesondere auf pflegende Angehörige.</p> <p>Wenn Pflegeverantwortung bald 10% aller Bürgerinnen und Bürger betrifft, darf deren Finanzierung nicht länger primär die Sache der Familien bleiben. Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und braucht eine nachhaltige, zukunftssichere Finanzierung, die das Armutsrisiko ausschließt.</p>	
	<p>Welche nachhaltigen Schritte schlägt Ihre Partei vor, um die Pflegefinanzierung zukunftssicher zu gestalten?</p> <p>Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um Pflege solidarisch und paritätisch und inklusiv sozialer Teilhabe zu finanzieren?</p>
	<p>Die Pflegeleistungen sind seit Einführung der Pflegeversicherung nur unregelmäßig und willkürlich angepasst worden. Zur Refinanzierung der steigenden Kosten ist es jedoch notwendig, dass sie regelmäßig so verändert werden, dass ein Realwertverlust der Leistungen vermieden wird. Da sich die Pflegekosten zu etwa zwei Dritteln aus Personal- und zu etwa einem Drittel aus Sachkosten zusammensetzen, wollen wir die Leistungen regelmäßig in diesem Verhältnis an die Lohn- und Inflationsentwicklung anpassen.</p> <p>Um eine nachhaltige Finanzierung der Pflege zu gewährleisten, fordern wir eine Pflege-Bürgerversicherung. In der Pflege-Bürgerversicherung nach unserem Modell sind alle Bürgerinnen und Bürger Mitglied. Alle Einkunftsarten – auch Vermögenseinkommen, Gewinne und Mieteinkünfte – werden in die Finanzierung der Pflegeversicherung einbezogen. Das schafft eine solide und verlässliche finanzielle Basis. Damit durch die Heranziehung weiterer Einkommensarten nicht vor allem kleine und mittlere Einkommensbezieherinnen und -bezieher belastet werden, sollen für die zusätzlichen Einkommensarten Freigrenzen gelten.</p>
	<p>Pflege muss uns etwas wert sein; es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. In dieser Legislaturperiode haben wir den Pflegeversicherungsbeitrag um 0,5 Prozentpunkte angepasst. Ein Teil dieser Beitragssatzerhöhung wird in einem separaten Pflegevorsorgefonds als Sondervermögen für zukünftige Ausgabensteigerungen eingezahlt. Vor diesem Hintergrund ist die Pflegeversicherung mindestens für die kommende Wahlperiode auch für weitere Projekte ausreichend finanziert. Wir brauchen bei steigenden Pflegesätzen zukünftig mehr Entlastung für die Pflegebedürftigen. Pflegebedürftigkeit darf nicht zum Armutsrisiko für die Angehörigen werden. Wer seine nahen Angehörigen pflegt, muss die beste Unterstützung bekommen.</p>

DIE LINKE.

Gute Arbeitsbedingungen und mehr Personal und dadurch mehr professionelle Pflege sind sofort und auch langfristig finanzierbar. Unser Vorschlag ist die **Solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung**.

Wir wollen bessere Leistungen sowie mehr Gerechtigkeit und Solidarität. Das heißt: weniger Versicherungsbeiträge für 90 Prozent der Bevölkerung, konkret für alle Arbeitseinkommen unter 6.250 Euro brutto monatlich. Die Beitragsbemessungsgrenze wird aufgehoben. Alle zahlen nach ihrem tatsächlichen Einkommen in die Kranken- und Pflegeversicherung ein. So werden auch höhere Einkommen gerecht belastet.

Die paritätische Finanzierung der Krankenversicherung zwischen Arbeitgeber und Versicherten wird wiederhergestellt. Die private Krankenversicherung als Vollversicherung entfällt; ebenso die private Pflegeversicherung. In der Krankenversicherung können die Beiträge deutlich um rund ein Viertel sinken, in der Pflegeversicherung stünden bei gleichem Beitragssatz mindestens 12,5 Milliarden Euro mehr jährlich zur Verfügung.

Damit werden große Schritte in die Richtung möglich, Pflegeversicherung zu einer Vollversicherung zu machen. Eine jährliche regelhafte Anpassung der Höhe der Pflegeleistungen an die tatsächliche Kostenentwicklung wird ebenso finanzierbar. Mehr zu unseren Vorschlägen, ein Gutachten von Prof. Dr. Heinz Rothgang (Uni Bremen) zu den finanziellen Auswirkungen sowie ein Beitragsrechner, mit dem man seine eigene Beitragsbelastung ausrechnen kann findet sich unter <https://linksfraktion.de/gesundheitsversicherung>.

Kurzfristig finanzierbar sind mehr Pflegekräfte, wenn der Pflegevorsorgefonds in einen Pflegepersonalfonds umgewandelt wird. So wären 1,2 Milliarden Euro jährlich zusätzlich verfügbar. Auch die vollständige Übernahme der Kosten der medizinischen Behandlungspflege in stationären Pflegeeinrichtungen durch die Krankenversicherung würde die Pflegeversicherung spürbar entlasten. Für die Entwicklung einer zukunftssichernden Pflegeinfrastruktur schlägt DIE LINKE die Vermögenssteuer vor, denn sie kommt den Ländern zugute und schafft damit bessere Möglichkeiten auch für die Kommunen.

DIE LINKE setzt sich für inklusive, barrierefreie Sozialräume ein, in denen die Kommunen wohnortnah soziale Leistungen aus einer Hand anbieten. Dazu gehören unabhängige Beratung, bis hin zu einem qualifizierten Fallmanagement, generationenübergreifende Wohnformen und mobile Versorgungsangebote. All das ermöglicht Seniorinnen und Senioren und allen Bürgerinnen und Bürgern – mit oder ohne Pflegebedarf – soziale und kulturelle Teilhabe.

SPD

Die SPD möchte die **paritätische Bürgerversicherung** auch in der Pflege einführen. Wenn alle nach ihrer Leistungsfähigkeit einzahlen, kann eine zukunftssichere Finanzierung der Leistungen sichergestellt werden.

Wir wollen Bürgerinnen und Bürger besser gegen Pflegerisiken absichern, zugleich aber auch die Beitragsbelastung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei den sozialen Sicherungssystemen berücksichtigen.